



Dr. Martin Eichinger

Botschafter Dr. Martin Eichinger studierte an der Universität Graz Jus und Russisch- Dolmetsch, promovierte 1983 und belegte anschließend Postgraduate Studien am Bologna Center der Johns Hopkins University, der Jagellonen Universität in Krakau und an der Sorbonne in Paris.

1986 trat er in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) ein, wo er bis zum Jahr 2000 folgende Funktionen innehatte: Referent in der Politischen Sektion des BMAA (zuständig u.a.für die USA und Westeuropa); Attaché an der österreichischen Botschaft in Mexiko; Referent in der EG-Abteilung des BMAA; Persönlicher Sekretär von Vizekanzler und Außenminister Dr. Alois Mock; Botschaftssekretär an der Österreichischen Botschaft Vaduz/Fürstentum Liechtenstein; Leiter des österreichischen Presse- und Informationsdienstes, Washington, D.C.

Im Jahr 2000 wurde er Büroleiter der Regierungsbeauftragten für Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des NS-Regimes, Dr. Maria Schaumayer. Bis Ende 2002 war er als Bereichsleiter für internationale Beziehungen in der Vereinigung der Österreichischen Industrie tätig, seit 2003 ist er Kabinettschef des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit.

Anschrift

Botschafter Dr. Martin Eichinger
Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft

Stubenring 1
1010 Wien
Österreich

Europa und die USA – Werte und Identität

Gibt es eine transatlantische Wertegemeinschaft?

Überarbeitete Fassung des Vortrages im Arbeitskreis „Arbeitswelten und Wertkulturen“ bei den Wirtschaftsgesprächen im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach 2003

10 Thesen zur europäisch-amerikanischen Wertediskussion:

1. Eine transatlantische Gemeinschaft fundamentaler Werte besteht.
2. Eine Konvergenz sekundärer Werte ist nicht absehbar, aber für eine globale Partnerschaft Europa-USA nicht Voraussetzung.
3. Es besteht eine Korrelation von Wertediskussion und Zyklen in den transatlantischen Beziehungen.
4. Amerikanische Einflüsse auf Europa haben im letzten Jahrhundert die Entwicklung eines spezifisch europäischen Gesellschaftsmodells ebenso wenig verhindert wie es eine Europäisierung Amerikas gegeben hat; beide Kontinente sind Subjekt und Objekt der Globalisierung. Für Amerikaner wie für Europäer stellt sich das Problem, wie man zwei unterschiedliche Lebenswelten vereint – eine globale und eine lokale oder regionale.
5. Die Werteklischees diesselts und jenseits des Atlantiks unterliegen einer eingeschränkten Entwicklung.
6. Die Wertediskussion in Europa ist im Fluss; Europa entwickelt gemeinsame Werte – Verfassungsvertrag und Grundrechtscharta.
7. Europa und Amerika bewegen sich auf verschiedenen Ebenen der Wahrnehmung (9. November 1989 versus 11. September 2001).
8. Die transatlantische Wertegemeinschaft bedarf einer intensiven Pflege und eines Neustarts.
9. Amerika und Europa brauchen eine neue Atlantikcharta.
10. Europa und die USA brauchen zusätzliche institutionelle Bindungen (TAFTA?).

Einleitung

„Americans are from Mars, Europeans are from Venus“ – dies ist die Standortbeschreibung des Verhältnisses zwischen Europa und den USA in dem kontroversiellen Buch von Robert Kagan „Of Paradise and Power“, der im Sommer 2002 die Basis für eine umfassende transatlantischen Debatte gelegt hat.

Basis für die umfassende transatlantische Debatte

„Widening gap“

Hobbes versus Kant – Leviathan versus ewiger Friede. Die Einschätzung des Verhältnisses zwischen Europa und den USA als einer „widening gap“ wurde durch radikalere Ansätze abgelöst, denen zufolge es keine transatlantische Wertegemeinschaft mehr gebe.

*Eine zyklische
Entwicklung?*

Es gilt, den tatsächlichen und scheinbaren Wertedifferenzen auf den Grund zu gehen. Haben wir uns in unseren Werten so weit voneinander entfernt, dass Europa und die USA in eine dramatische Konfliktsituation geraten könnten? Oder erleben wir eine jener zyklischen Entwicklungen des Verhältnisses, deren die Geschichte der letzten fünf Jahrhunderte nicht arm war.

*Europa und die USA
sind sich näher
gekommen ...*

Die These, die ich im Zuge dieses Referates entwickeln möchte, lautet: Europa und die USA sind sich in den letzten Jahrzehnten näher gekommen, als irgendwann zuvor in der Geschichte. Dafür nimmt in den Gesellschaften das Potenzial des immanenten Verständnisses für einander ganz wesentlich ab. Die Gründe dafür liegen sowohl im Auslaufen des „European heritage“ in den USA (die Nachkommen der Immigranten sind oftmals bereits drei und mehr Generationen von der Einwanderungsgeneration entfernt; Reduktion der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa etc.), in der Bevölkerungsentwicklung (Hispanics als größte Minderheit in den USA; osteuropäische Immigration in Westeuropa), als auch vor allem in den prägendsten Erlebnissen der letzten ein- einhalb Jahrzehnte: dem Fall der Berliner Mauer und dem 11. September 2001.

*... Potenzial des im-
manenten Verständ-
nisses füreinander
nimmt ab*

*Entwicklung ge-
meinsamer Visionen*

Mein Ausblick in die Zukunft ist ein positiver und optimistischer. Jedoch bedarf gerade das transatlantische Verhältnis eines großen Maßes an permanenter Pflege und der Entwicklung gemeinsamer Visionen.

Mythos Amerika

1. Historische Entwicklung der Werte und Identitäten

Für die Europäer wurde Amerika schon in frühester Zeit zu einem Mythos. Richard Pells beschreibt in seinem Werk „Not Like Us“¹² das Gefühl der Europäer am Ausgang des 18. Jahrhunderts und im 19. Jahrhundert treffend wie folgt: „For many Europeans, „America“ was (and still is) a symbol; a receptacle for fears and fantasies; a state of mind, rather than a real country.“

*Amerika: ein Ort
unbegrenzter
Möglichkeiten*

Schon die amerikanische Verfassung, die die Freiheit in den Mittelpunkt des Staates stellte, versprach, dass Amerika anders sein würde, ein Ort unbegrenzter Möglichkeiten für alle, die sich dort niederlassen würden. Amerika wurde als Gegenpol zu Europa gegründet, gegen die Obrigkeitsherrschaft in Europa, gegen Absolutismus und Monarchie. Amerika sah sich als Verkörperung der Jugend, des Optimismus, der Freiheit, Modernität und Prosperität. Europa erschien aus der Sicht der Neuen Welt im 19. Jahrhundert dekadent, erschöpft, voll Armut, sozialer und ideologischer Konflikte und Krieg.

*Reife, tolerante
sozial bewusste
europäische
Zivilisation*

Europa sah die USA als materialistisch, gewalttätig, ohne Geist und Seele – ganz im Gegensatz zur reifen, toleranten, sozial bewussten und verantwortungsvollen europäischen Zivilisation.

Europäische Reisende und Journalisten beschrieben ein Land, das von Wilden bevölkert war, wo die Habgier regierte und Maschinen den Menschen dominierten. Speziell für französische Beobachter – mit Ausnahme von Alexis de Tocqueville – ließen die Amerikaner Kultivierung und Geschmack vermissen, ein Vorurteil, welches bis heute vorhanden ist.

Im 19. Jahrhundert war die Einschätzung der USA eine Klassenfrage: Die europäische Elite – die Aristokraten und reichen Europäer – sah in den USA vor allem Radikalismus und Anarchie. Monarchien hegten größte Zurückhaltung im Umgang mit den USA. Hingegen übte Amerika stets große Anziehungskraft auf die unteren Schichten der Bevölkerung und reformorientierte Intellektuelle aus.

Kulturell konnten die USA mit Europa nicht konkurrieren, zu groß war die Dominanz der britischen Literatur, der französischen Maler, der deutsche Musik und Philosophie. Ab dem 19. Jahrhundert erwarben amerikanische Museumsdirektoren europäische Kunst in großem Stil. Amerikanische Industrielle transportierten europäische Kunstschätze in Schiffsladungen in ihre Sommerresidenzen in Newport. Trotz William Faulkner, Mark Twain und Ernest Hemingway blieb diese Überlegenheit bis in das 20. Jahrhundert bestehen und war mit einer Grund für ein Unterlegenheitsgefühl Amerikas.

Der Einfluss der USA auf Europa begann jedoch kontinuierlich zu wachsen. Der Terminus „Americanization“ entstand in Großbritannien in den 30-er Jahren des 19. Jahrhunderts. Er bezog sich ursprünglich auf die amerikanischen Erfindungen und Technologien. Erst später bezeichnete er auch die Sorge vor einem amerikanischen Einfluss in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Im Gegensatz zu den Thesen von Robert Kagan steht der amerikanische Präsident Wilson mit seinem „dream of a world made safe for democracy“, der nicht in das von Kagan beschriebene Verhaltensmuster einer bereits damals überlegenen Macht passt. Die Zeit des „Isolationism“ war ein Höhepunkt des Desinteresses in den transatlantischen Beziehungen von amerikanischer Seite.

Viel zu selten erinnert man sich der Tatsache, dass es bereits in den Jahren 1925-27 europäische Quotenbeschränkungen für Hollywood Produktionen gab, die von amerikanischer Seite mit einem Boykott der französischen Filmindustrie durch Hollywood beantwortet wurde.

Ein prägendes Element für das Verhältnis Europa-USA war der Exodus von großen Teilen der europäischen Intelligenz vor dem Beginn und während des Zweiten Weltkrieges.

Mit dem Kriegseintritt der USA begann der Aufstieg der USA zur globalen Macht, der im Kalten Krieg durch das globale Engagement der USA seine Fortsetzung erfuhr. Für unsere Betrachtungen ist der auf beiden Seiten des Atlantiks stets in berechtigterweise höchsten Tönen apostrophierte Wiederaufbauplan für Europa, der Marshall Plan, von großer Bedeutung.

**19. Jahrhundert:
Einschätzung der
USA war eine
Klassenfrage**

**Kulturelle Dominanz
Europas bis in das
20. Jahrhundert**

„Americanization“

**Zeit des
„Isolationism“**

**1925-27:
europäische Quoten-
beschränkungen für
Hollywood-
Produktionen**

**Aufstieg der USA zur
globalen Macht**

Eintreten für die gerechte Sache

Aus amerikanischer Sicht stellt er gemeinsam mit der militärischen Befreiung Europas den Beweis für ein nahezu uneingeschränktes Eintreten für die gerechte Sache und für seine Allianzpartner in Europa ein. Umso schwerwiegender und unverständlicher erscheint aus amerikanischer Sicht die Weigerung von Teilen Europas und noch größerer Teilen der europäischen Bevölkerung, an der Seite Amerikas in den aus seiner Sicht gerechten Präventivkrieg gegen den weltweiten Terrorismus zu ziehen. (Debatte Legalismus vs. Legitimität)

Die deutsche Position zum Irakkrieg hat die USA besonders getroffen

Die deutsche Position zum Irakkrieg hat dabei die USA besonders tief getroffen: Ein Diplomat in Washington drückte dies mit den Worten aus: „Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wurde mit Anti-Amerikanismus eine Wahl in einem verbündeten europäischen Land gewonnen.“

Welche Konstanten können wir aus der geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Europa und den USA ableiten?

- I. Frühzeitig entwickelte gegenseitige Einschätzungen hielten sich hartnäckig
- II. Das transatlantische Verhältnisses ist starken zyklischen Schwankungen unterworfen
- III. Die Bedeutung der Beziehung hat über Jahrhunderte nicht abgenommen, trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen der Regierungen in Europa (Osteuropa, Balkan) und den USA (Asien, Lateinamerika etc.)

2. Die Wertestrukturen der Verfassungen der USA und der EU

Individualrechte, Freiheiten, Gleichbehandlung, Religion, Sozialstaat, Bundesstaat vs. Staatenbund

Vergleich EU-Verfassungsvertrag mit der amerikanischen Verfassung

Am 15. Oktober wird die Regierungskonferenz der EU beginnen, den Entwurf des Europäischen Konvents für einen Verfassungsvertrag zu debattieren. Unter Einbeziehung der neuen Mitgliedstaaten soll er nach deren Beitritt am 1. Mai 2004 beschlossen und in allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Der Verfassungsvertrag ist noch nicht fertig gestellt³. Und doch bietet es sich an, im Rahmen einer Wertediskussion Europa – USA, die fundamentalen Bestimmungen des Verfassungsvertrages kursorisch mit der amerikanischen Verfassung zu vergleichen (eine umfassende Analyse sprengt den Rahmen des Vortrages, aber wir werden einige Wertedifferenzen auch in aller Kürze identifizieren können):

USA: Freiheitsorientierter Ansatz

Die Bill of Rights, die im Jahre 1791 der amerikanischen Verfassung angefügt wurde, spiegelt eine klare Ablehnung der Gründungsväter gegenüber „sozialen Rechten“, positiven Rechten, wider. Das amerikanische Verfassungssystem steht für einen negativen, freiheitsorientierten Ansatz. Ihre Grundrechte sind Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat. Soziale Rechte beruhen auf Bundesstaaten bzw. Bundesgesetzgebung, nicht jedoch auf der Verfassung.

Die europäischen Grundrechte haben eine ganz andere Entwicklung genommen. Die durch den Europäischen Konvent in den neuen Verfassungsvertrag integrierte europäische Grundrechtscharta und die in den Titeln I und II (Definitionen und Ziele der Union sowie Grundrechte und Unionsbürgerschaft) enthaltenen Werte- und Zieldefinitionen gehen von einem positiven Grundrechtsverständnis aus. Sie sind der erstmalige Konsens der EU auf gemeinsame Werte, wobei die Grundrechtscharta vor allem im Vergleich mit den USA sehr extensive Regelungen trifft (vgl. z.B. das Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst und das Recht auf eine gute Verwaltung)⁴.

EU: Positives Grundrechtsverständnis

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Debatte über die Rolle öffentlicher Dienstleistungen (Daseinsvorsorge, „services of general interest“). Der große Energie-Blackout in den USA hat diese ideologische Debatte neu entfacht. Die Liberalisierungsschritte in der europäischen Union in den letzten Jahren wurden umgehend wieder in Frage gestellt. Nicht die Frage der notwendigen staatlichen Kontrolle von Liberalisierungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion, sondern die Liberalisierungen schlechthin.

Die Rolle öffentlicher Dienstleistungen

Das im Rahmen des Lissabon-Prozesses der EU gesteckte Ziel, die Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, hat einen direkten Wettbewerb der EU mit den USA eingeleitet.

Lissabon-Prozess der EU

Und gerade dieses Benchmarking zeigt, dass die EU und die USA in den letzten Jahren näher gerückt sind als je zuvor. Trotz NAFTA bleibt Europa Amerikas bei weitem größter Handelspartner. Die transatlantische Wirtschaft sichert 12 Millionen Arbeitsplätze (vgl. die Zahl der gegenwärtig Arbeitslosen in der EU-25 von 18 Millionen).

Die Wirtschaftsbeziehungen der USA und Europas sind nicht nur die intensivsten zwischen zwei Kontinenten in der Geschichte, sondern die Beziehungen verdichten sich weiter, insbesondere durch Direktinvestitionen, die einen viel stärker integrierenden Faktor darstellen als der Warenaustausch.

Wirtschaftsbeziehungen verdichten sich weiter

Wie eine Studie von Joseph Quinlan⁵ an der Johns Hopkins University zeigt, investieren die USA und Europa am jeweils anderen Kontinent mehr als in der gesamten restlichen Welt. In den letzten acht Jahren hat Amerika in den Niederlanden doppelt so viel investiert wie in Mexiko und zehnmals mehr als in China. Die Hälfte des im Ausland erwirtschafteten Gewinns amerikanischer Firmen stammt aus Europa. Der amerikanische Bestand an Investitionen in Großbritannien entspricht dem Bestand der gesamten amerikanischen Investitionen in Asien, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten. Zwei Drittel der amerikanischen internationalen F&E findet in Europa statt; zwei Drittel der weltweiten F&E ist auf Amerika und Europa konzentriert. Umgekehrt haben gerade die Wirtschaftsentwicklungen der letzten beiden Jahre klar gezeigt, dass Europa weiterhin von der amerikanischen Konjunktursituation abhängig ist.

Europa ist weiterhin von der amerikanischen Konjunktursituation abhängig

Globale Partnerschaft zwischen Europa und den USA?

Angesichts dieser Verschränkungen der beiden Wirtschaften stellt sich die Frage, ob ein anderes Verhältnis als jenes einer globalen Partnerschaft zwischen Europa und den USA überhaupt denkbar ist. Die Verflechtung entspricht nahezu jener, die in der EU eine Konfrontation zwischen EU-MS unmöglich macht (siehe z.B. die Frage der Erstellung von Sanktionslisten).

3. Werteklischees diesseits und jenseits des Atlantiks – Umfragen

Mein persönlicher Erfahrungsbericht aus fast acht Jahren Aufenthalt in den USA muss zunächst darauf verweisen, dass man die Unterschiede in der Mentalität und Wertestruktur zunächst unterschätzt. Die USA wirken auf den oberflächlichen Betrachter durchaus wie ein europäisches Land; die Unterschiede treten erst im Alltagsleben zu Tage.

Wir alle erliegen Klischees

Wir alle sind von Klischees über die USA genauso bestimmt, wie Amerikaner Klischees über Europa erliegen. Ich will hier nicht die gängigen Annahmen betreffend Unternehmertum, Kreativität, Eigenverantwortung, Wohlfahrtsstaat, Arbeitsbedingungen, Freiheit, Verständnis für Umweltbelange etc. verstärken.

Eigenverantwortung des Bürgers

Aber insbesondere die Bedeutung der Eigenverantwortung des Bürgers hat durch Fakten und Zahlen belegbare Auswirkungen auf die Wirtschaften der beiden Kontinente. Aus ihr resultieren: Entrepreneurship, Risikobereitschaft, Mobilität und Einstellung zum Staat

Unterschiede sind an Hand von Umfragen nachweisbar, die andererseits zeigen, dass die USA und Europa in ihren Wertvorstellungen in manchen Bereichen nicht so weit auseinander liegen wie allgemein angenommen wird.

Ich bediene mich dabei zweier repräsentativer Meinungsumfragen, und zwar der Studie „Views Of A Changing World“ des Pew Research Center For The People & The Press vom Juni 2003⁶ für die amerikanische Seite und des Eurobarometer Nummer 59 der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2003⁷, das im Juni/Juli 2003 veröffentlicht wurde.

Persönliche Anekdoten

Lassen Sie mich zunächst das Thema mit ein paar persönlichen Anekdoten einleiten:

Denken Sie an unsere bzw. die europäische Pensionsdebatte: mit Zähneknirschen haben Herr und Frau Österreicher zur Kenntnis genommen, dass wir länger arbeiten müssen. Befragt, was er den nach seiner angestrebten Frühpensionierung mit 57 machen würde, meinte ein Bekannter, dass das entscheidende die Pensionierung sei. Das weitere werde man dann schon sehen.

USA: Arbeit ist Lebenserfüllung

In den USA ist in weiten Kreisen der Bevölkerung die Vorstellung verwurzelt, dass nur wer arbeitet ein nützliches Mitglied der Gesellschaft ist. Arbeit ist Lebenserfüllung. Wer zu arbeiten aufhört, ist in den meisten Fällen durch Krankheit dazu gezwungen. Oft habe ich in meiner Zeit in Washington Leute getroffen, die nach

ihrer Pensionierung mit 65 Jahren eine dritte, vierte, fünfte Karriere begonnen hatten – vom Unterrichten bis zum Schreiben von Artikeln und Büchern und zur Konsulententätigkeit. Ja, die oftmals geringe Pension mag zu diesem Umstand beitragen, aber der durchschnittliche Amerikaner definiert sich über seine Arbeit. Unter Freunden und Bekannten verliert man Ansehen, wenn man kein „nützliches Mitglied der Gesellschaft“ mehr ist. Nur damit lässt es sich erklären, dass ein jährlicher Mindesturlaubsanspruch von 14 Tagen in einer Gesellschaft akzeptiert werden kann.

„Nützliches Mitglied der Gesellschaft“

Oder: „big government versus small government“: In der politischen Ideologie der USA oft als Gegensatz zwischen den Republikanern und Demokraten dargestellt, ist die Vermeidung von „big government“ ein erklärtes Ziel auch jener Bevölkerungsschichten, die Benefiziär eines verstärkten Sozialsystems wären. Bleibenden Eindruck hinterließ auf mich ein schwarzer Taxifahrer in Houston, der mich angesichts der Debatte über public health care, dem großen Reformprojekt der Clinton-Administration (vgl. auch Hillary Clintons Autobiografie⁸), erklärte: „Ich bin gegen ein solches System, weil das Geld in der Bürokratie versickern würde. Was ich an Gesundheitsversorgung brauche, kauf ich mir lieber selbst, bevor ich einen Dollar an eine staatliche Bürokratie überweise.“

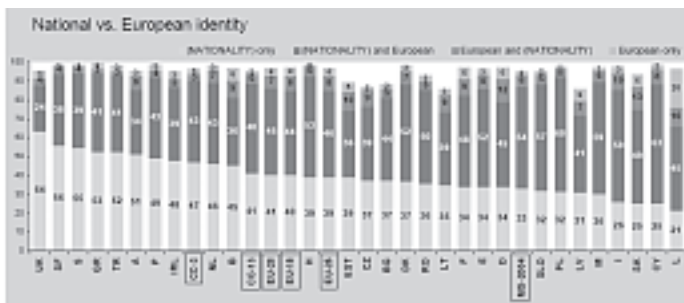
Vermeidung von „big government“

Weiters auffällig sind Differenzen in der Ausbildung (Praxisnähe, Anwendung versus Faktenwissen), Gesundheitswesen, Engagement für die Gemeinschaft (das österreichische Vereinswesen und die Organisationen Freiwilliger können hier durchaus mithalten), Philantropie, Arbeitsmarkt (MacJob versus Lehrlingsausbildung) und Patriotismus, auf die ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen kann.

Anwendung versus Faktenwissen

Ein kurzer Exkurs zur Frage des Patriotismus⁹ sei erlaubt, der im Gefolge des 11. September 2001 einen neuen Höhepunkt in den USA erreicht hat. Wie steht es mit unserem Europa-Gefühl? Weder die Einführung des Euro hat hier kurzfristig große Veränderungen mit sich gebracht, noch hat die sensationelle Tatsache der Schaffung eines europäischen Verfassungsvertrages die europäische Identitätsentwicklung wesentlich vorangetrieben.

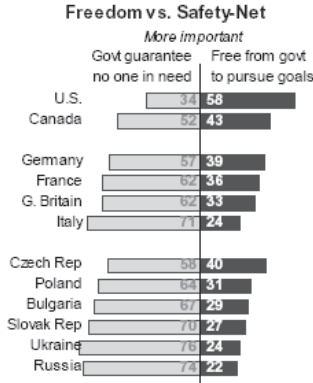
Wie steht es mit unserem Europa-Gefühl?



Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer Nummer 59, März bis Mai 2003

Freiheitsbegriff

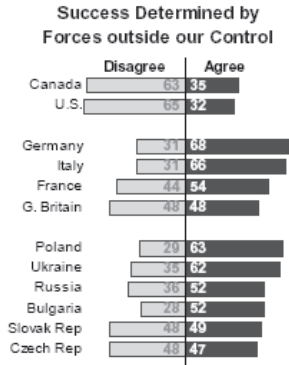
Die amerikanische Gesellschaft definiert sich über den Freiheitsbegriff. Am besten lässt sich der Werteunterschied hier festmachen.



Quelle: „Views Of A Changing World“; Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

„American Dream“

Auch der „American Dream“, die Möglichkeit aus eigenem erfolgreich zu sein und sich Wohlstand zu schaffen, lässt sich in den Umfragen nachweisen:



Quelle: "Views Of A Changing World,," Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

Rolle von Regierungen

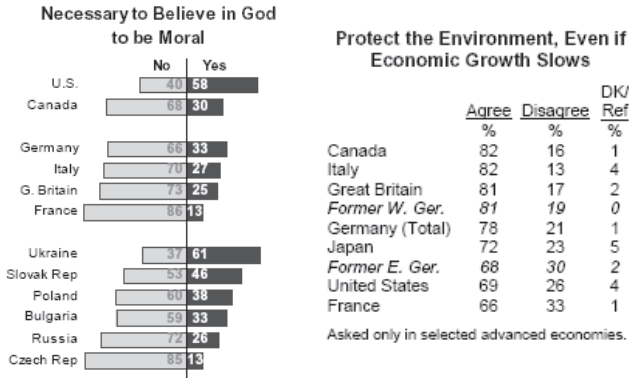
Hingegen liegen Europa und die USA bei der Einschätzung der Rolle von Regierungen nicht zu weit auseinander, wenngleich die Rolle des Staates in Europa ein ungleich größere ist.



Quelle: „Views Of A Changing World“; Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

Lassen Sie mich noch zwei amerikanische Umfrageergebnisse zeigen, die uns in der Wertedebatte interessieren müssen: die Frage nach dem Gottglauben als Basis der Moral und die Einstellung zum Umweltschutz:

Gottglaube als Basis der Moral



Quelle: „Views Of A Changing World“; Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

Ein interessantes Bild zeigt die unterschiedliche Priorisierung in nationalen und internationalen Anliegen in der Union:

Nationale und internationale Anliegen



Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer Nummer 59, März bis Mai 2003

**Das Österreich-Bild
in den USA**

Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs zum Österreich-Bild in den USA, mit dem ich mich in den Jahren 1992 bis 1999 als Leiter des Österreichischen Presse- und Informationsdienstes in den USA ständig befasst habe.

Die letzte mir bekannte Umfrage zum Österreich-Image in den USA stammt aus dem Jahr 1998⁹ und führte zu folgendem Ergebnis (auch hier herrschen überwiegend Klischees vor):

Ist Österreich Mitglied der NATO?	48% der befragten Amerikaner: ja
Ist Österreich EU-Mitglied?	37%: ja
Favorability Ratio (pos. Nennung vs. negative Nennungen)	13:1 (Ö vor D, F, B, RF, H; nur hinter der CH: 14:1)
Beschreibung Österreichs	Stabile Demokratie, reich, geringe Arbeitslosigkeit, weniger antisemitisch (als 1992); romantisches, schönes Land der Kultur und Musik; etwas zurückgeblieben.

Gibt es in Österreich Hochtechnologie? 50%: ja

**Österreich-Image:
Österreicher haben
viel Urlaub und
viele Feiertage**

Das Österreich-Image Ende der 90-er Jahre war auch noch von folgenden Punkten geprägt: Österreicher haben viel Urlaub und viele Feiertage, Geschäfte haben am Wochenende geschlossen; die Bewohner haben enorme „social benefits“; es ist schwierig, ein Geschäft aufzumachen (Bürokratie, Gewerkschaften/Arbeitsrecht). Viele der damaligen Kritikpunkte treffen mittlerweile nicht mehr zu, wie auch das amerikanische Investment in Österreich zeigt.

4. Transatlantische Spannungen vor dem 11. September 2001

Ein Zitat des TV-Unterhalters Jay Leno lautet:

„The leaders of the 15 European nations will meet next week to discuss ways to improve relations with the United States. They want to tell the American people about the European brand of democracy. You know, that’s when you sit on your ass, let the Americans bail you out whenever there’s trouble.”

**Schon vor dem
11. September 2001
bestanden erhebliche
Differenzen
zwischen Europa
und den USA**

Bereits vor dem 11. September 2001 bestanden erhebliche Differenzen zwischen Europa und den USA in zahlreichen Fragen der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts. Wesentliche Problempunkte waren:

- ICC – Internationaler Strafgerichtshof
- Kyoto Protokoll
- Verbot von Landminen
- Biodiversity Treaty

- Comprehensive Test Ban Treaty
- Überprüfungsmechanismus für die Chemiewaffenkonvention

Aber es gab und gibt auch eine Reihe von Differenzen über innenpolitische Themen wie Nahrungsmittelsicherheit und Gen-veränderte Nahrungsmittel, Datensicherheit, Religionsfreiheit, Corporate Governance, und nicht zuletzt die Todesstrafe.

*Datensicherheit,
Religionsfreiheit,
Todesstrafe, ...*

Die Differenzen zwischen Teilen Europas und den USA nach dem 11. September 2001 und insbesondere im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg sind als weiteres Element hinzugekommen, waren aber in ihrer Schärfe und ihrer Ausformung neuartig.

5. Die Entwicklungen nach dem 11. September:

Die Zerrüttung des transatlantischen Verhältnisses nach dem 11. September 2001 war in der Tat eine profunde. Europa trauerte mit den USA, aus ehrlichem Mitgefühl mit den amerikanischen Freunden. Aber die Einzigartigkeit des 11. September 2001 für die Amerikaner (das erste Mal eine „Niederlage“ gegen eine „fremde Macht“ auf eigenem Boden seit 160 Jahren) war für die Europäer nicht einsichtig, die sich noch immer auf die Folgen des Zusammenbruchs des Kommunismus (nach dem 9. November 1989) und die Frage der Einführung des Euro und der Erweiterung der EU konzentrierten.

*Einzigartigkeit des
11. September 2001
für die Amerikaner*

Daniel Hamilton, Professor an der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University in Washington, drückte dies in einem Statement vor dem Ausschuss für internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses treffend wie folgt aus¹⁰:

„For most Europeans the catalytic event framing much of their foreign and security policy remains the fall of the Berlin Wall on November 9, 1989 and the accompanying collapse of the Soviet Union and European communism. When the people on the streets of Central and Eastern Europe brought down the Iron Curtain with their collective cry, „We want to return to Europe,“ they unleashed an earthquake that is still shaking the continent and its institutions. Europeans are engaged in a period of fundamental transformation of their continent, marked by the introduction of a single currency, the Euro; enlargement to 10 new members within the next year; serious debates about reforming post-communist economies and retooling social welfare economies that have been the mainstay of Europe for half a century; and a „constitutional convention“ and an intergovernmental conference intended to transform Europe’s basic institutions and to define a role for Europe in this new century. Together, these developments represent an historic opportunity to build a continent that is truly whole, free and at peace with itself. It is a goal that Americans share, and to which the United States has contributed significantly. But it continues to absorb – almost overwhelm – European energy and attention.”

*Daniel Hamilton:
„Europeans are en-
gaged in a period of
fundamental trans-
formation of their
continent“*

For most Americans, November 9 also played a catalytic role, and informed much of U.S. foreign policy in the ensuing decade. But in American public consciousness the horrific events of Septem-

„The September 11 perspective says the worst is yet to come“

Unterschiedliches „threat assessment“

Eurobarometer Mai 2003

Thema „Frieden in der Welt“

ber 11, 2001 have transformed November 9, 1989 into a bookend to an era of transition to a new and newly dangerous century. September 11 has unleashed a very fundamental debate in this country about the nature and purpose of America's role in the world.

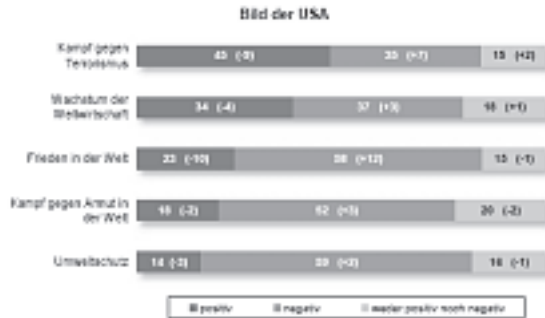
These lenses explain somewhat differing American and European approaches to current issues. The November 9 world is one of promise, of new possibilities. The September 11 world is one of tragedy, of new dangers. The November 9 perspective says the worst is over. The September 11 perspective says the worst is yet to come. November 9 tells Europeans that if they work together, they may be able together to manage the security of their continent for the first time in their history. September 11 tells Americans that, by ourselves, we may not be able to ensure the security of our homeland for the first time in our history. The November 9 view says the management of global dangers, while important, is a less immediate priority than the historic opportunity to transform European relations. The September 11 view says that in its basic contours a Europe whole and free is already here; the priority challenge now is to transform global relations to meet new threats.”

Amerikaner und Europäer haben demnach eine unterschiedliche Einschätzung ihrer internationalen Prioritäten und ein gänzlich unterschiedliches „threat assessment“ bezüglich des internationalen Terrorismus. Wie wirkt sich dies auf die gegenseitigen Einschätzungen zwei Jahre nach dem 11. September 2001 in den Umfragen aus?

Das Bild der USA in Europa stellt sich laut Eurobarometer vom Frühjahr dieses Jahres wie folgt dar¹¹:

„Die Rolle der USA wird in fünf verschiedenen Themenbereichen durch den Irak-Konflikt und die im Vorfeld stattgefundenen Bürgerbewegungen stark in Mitleidenschaft gezogen.

So verliert (...) der Kampf gegen den weltweiten Terrorismus an Glaubwürdigkeit (-9 Punkte).



Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer Nummer 59, März bis Mai 2003

Am meisten leidet das Ansehen der USA jedoch unter dem Thema des Friedens in der Welt: 58% der EU-Bürger, d.h. 12 Prozent mehr als im vergangenen Herbst, äußern sich negativ zu diesem Thema. Positive diesbezügliche Stellungnahmen werden überwiegend

gend nur im Vereinigten Königreich und in Dänemark verzeichnet.

Der Einfluss der USA auf das Weltwirtschaftswachstum wird strenger als im vergangenen Herbst bewertet: Die negativen Stellungnahmen (37%) übertrumpfen die positiven Äußerungen (34%).

Außerdem sind mehr als die Hälfte der EU-Bürger der Ansicht, dass die USA einen negativen Einfluss auf den Kampf gegen die Armut in der Welt ausüben (+3), und rund sechs von zehn Personen erachten ihre Rolle im Umweltschutz als negativ (+2)."

Die Untersuchungen des Pew Research Centers sehen eine Erholung der Werte für das US-Image seit dem März dieses Jahres¹²:

US-Einfluss auf Weltwirtschaftswachstum

Untersuchung des Pew Research Centers

U.S. Image
(Percent Favorable View of U.S.)

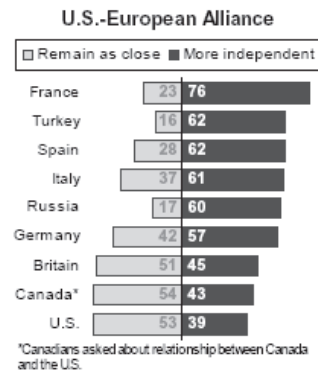
	1999		Summer 2002	March 2003	Today
	%	%	%	%	%
Israel	--	--	--	--	79
Great Britain	83	75	48	70	63
Kuwait	--	--	--	--	63
Canada	71	72	--	63	63
Nigeria	46	77	--	61	61
Australia	--	--	--	--	60
Italy	76	70	34	60	60
South Korea	58	53	--	46	46
Germany	78	61	25	45	45
France	62	65	31	43	43
Spain	50	--	14	38	38
Russia	37	61	28	36	36
Brazil	56	52	--	34	34

1999/2000 survey trends provided by the Office of Research, U.S. Department of State (Canada trend by Environ44).

Quelle: „Views Of A Changing World“; Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

Nun zum Image Europas in den USA: Es besteht weiterhin eine Verbitterung der amerikanischen Bevölkerung gegenüber den großen europäischen Alliierten, insbesondere Frankreich und Deutschland:

Image Europas in den USA



Americans Judge the Allies

Rating of...	Fav-	Unfav-	Don't
	orable	orable	know
	%	%	%
Canada	65	24	11
Summer 2002	83	4	13
Great Britain	82	10	8
February 2002	90	7	3
France	29	60	11
February 2002	79	18	5
Germany	44	41	15
February 2002	63	11	6

February 2002 trends from Gallup.

Quelle: „Views Of A Changing World“; Studie des Pew Research Center For The People & The Press, Washington, D.C., Juni 2003

6. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen (Unipolarität vs. Multipolarität; Unilateralismus vs. Multilateralismus); Konvergenz der Werte oder „widening gap“?

Die Stärken der USA und Europas liegen in ihren Eigenarten

Wie ich bereits am Beginn meines Referates ausgeführt habe, glaube ich nicht an die Notwendigkeit einer Konvergenz aller Wertvorstellungen diesseits und jenseits des Atlantiks. Wir brauchen diese Konvergenz nicht, um eine globale Partnerschaft der transatlantischen Blöcke USA und EU zu begründen. Die Stärken der USA und Europas liegen gerade in ihren Eigenarten. Eine fundamentale transatlantische Wertegemeinschaft steht hingegen außer Zweifel.

USA befürworten seit jeher eine starke EU

Viel zu oft wird vergessen, dass Europa sein Modell eines Sozialstaates nur unter dem nuklearen Schutzschirm der USA entwickeln konnte, dass die USA durch das Niederringen des Kommunismus erst die Wiedervereinigung Deutschlands und die Zusammenführung Europas (durch die Erweiterung der Europäischen Union) ermöglicht haben. Die USA haben auch seit jeher eine starke Europäische Union als Partner befürwortet und alle Entwicklungen in diese Richtung unterstützt.

Auch wenn der französische Politologe Dominique Moïsi¹³ meint, dass das erste Opfer des Irakkrieges die Idee einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik war, so gibt es zwei Elemente, die eine wachsende internationale Rolle der Europäischen Union bereits mittelfristig erhoffen lassen: der europäische Verfassungsvertrag mit der Etablierung eines „europäischen Außenministers“, wobei die Möglichkeit von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik einen Quantensprung bedeuten würde. Dazu kommt das Interesse an einer aktiven EU-Außenpolitik in den neuen Mitgliedsländern der Union, dass US-Verteidigungsminister Rumsfeld zur viel diskutierten Unterscheidung zwischen „altem Europa“ und „neuem Europa“ veranlasst hat.

Standortwettbewerb zwischen USA und Europa

Wie ich in meinem Referat dargestellt habe, sind die Wirtschaften Europas und der USA derart verwoben, dass eine Konfrontation ähnlich unmöglich geworden ist wie zwischen EU-Mitgliedstaaten. Der Wettbewerb, den die EU mit dem Lissabon-Prozess eingeleitet hat, entspricht einem Standortwettbewerb wie er auch zwischen amerikanischen Bundesstaaten an der Tagesordnung ist.

Irak-Krieg hat zu einer Eskalierung der Differenzen geführt

Der Irak-Krieg hat zu einer Eskalierung der Differenzen geführt: noch nie hat die US-Administration die unterschiedlichen Haltungen innerhalb der EU für ihre Zwecke benutzt und noch nie haben es Frankreich und Deutschland verabsäumt, sich in die Reihe der Verbündeten zu stellen, wenn es galt, gegen einen gemeinsamen Feind vorzugehen.

Es bedarf eines Neustarts in den transatlantischen Beziehungen

Die Differenzen über den Irak-Krieg haben Narben hinterlassen. Langsam beginnen Heilprozesse, wie die Re-Aktivierung der Vereinten Nationen für den Irak, einzusetzen.

Aber für die Zukunft bedarf es eines Neustarts in den transatlantischen Beziehungen. Partner die über permanente, institutionalisierte Fora verfügen, kommunizieren ständig.

Nach meiner Ansicht ist die einzig bestehende, institutionalisierte transatlantische Schiene, nämlich die NATO, zu wenig, um künftige Differenzen und vor allem deren Eskalation zu vermeiden. Vielmehr bedarf es einer weiteren institutionalisierten, transatlantischen Klammer. Ob dies der Abschluss eines „Rahmenvertrages EU/Vereinigte Staaten“ ist, wie in einer Entschließung des Präsidenten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments im Juni dieses Jahres vorgeschlagen wurde, oder die Wiederbelebung des Projektes einer transatlantischen Freihandelszone (TAFTA), bleibt abzuwarten. Fordern müssen dies alle, die an einer positiven Zukunft der transatlantischen Beziehungen Interesse haben.

*Eine
institutionalisierte
transatlantische
Klammer*

- 1 Robert Kagan, „Of Paradise And Power – America And Europe In The New World Order“, Alfred A. Knopf, New York, 2003
- 2 Richard H. Pells, "Not Like Us – How Europeans have loved, hated, and transformed American culture since World War II", Basic Books, New York, 1997
- 3 Die Beschlussfassung über den Vertrag über eine Verfassung für Europa erfolgte in der Zwischenzeit beim Europäischen Rat von Brüssel am 18. Juni 2004
- 4 Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 364 vom 18.12.2000
- 5 Joseph P. Quinlan, „Drifting Apart or Growing Together? The Primacy of the Transatlantic Economy“, Center for Transatlantic Relations, Washington, D.C., 2003
- 6 The Pew Research center For The People & The Press, "Views Of A Changing World – June 2003", Washington, D.C., <http://people-press.org>
- 7 European Commission, Eurobarometer 59, Spring 2003, http://europa.eu.int/comm/public_opinion/
- 8 Hillary Rodham Clinton, Living History, Simon & Schuster, New York, 2003, Seiten 228 ff.
- 9 Umfrage durchgeführt vom kalifornischen Meinungsforschungsinstitut Evans/McDonough im Auftrag des Österreichischen Presse- und Informationsdienstes in Washington mit Unterstützung der Oesterreichischen Nationalbank, 1998
- 10 Daniel Hamilton, „Renewing Transatlantic Partnership: Why and How“, Center for Transatlantic Relations, Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University, Testimony to the House Committee on International Relations, European Subcommittee, June 11, 2003
- 11 siehe Fußnote 6
- 12 siehe Fußnote 5
- 13 Dominique Moïsi, in: „Die neue Sprache der Amerikaner“, Der Standard, 23. Juli 2003, S.4